



Eine 700 Meter lange Betonwand soll kommen – aber wie hoch ist der Preis?

Diesen Grundsatzbeschluss fasste der Bad Bernecker Stadtrat in seiner letzten Donnerstagssitzung mit einer breiten Dreiviertel-Mehrheit, mit zwölf zu vier Stimmen. Was bewegte die einen, was die anderen? Welche Gemeinsamkeiten innerhalb der beiden Blöcke gibt es?

Die letzte Frage ist vergleichsweise leicht zu beantworten: Alle vier Stimmen gegen die avisierte „Jahrhundertlösung“ kamen ausschließlich von der SPD-Fraktion. Auch die zwölf Befürworter haben eines gemeinsam: Keiner wohnt in der Nähe der Oberstadt. Diese Gemeinsamkeit ist zwar auffällig. Als Merkmal darf sie jedoch nicht als persönlicher Angriff missverstanden werden. Dennoch: alle wohnen im Tal des Weißen Main oder in einem der in den Jahren von 1971 bis 1978 eingemeindeten Außenorte.

Was hat sie dazu bewogen? Naheliegender wäre aufgrund ihrer Lebens- und Wohnsituation, dass sie aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht dieselbe „Bindung“ zur Oberstadt entwickeln konnten, wie dies bei den dortigen Bewohnern der Fall ist. Dann wäre es mehr eine Frage des Stellenwerts.



Beton trifft auf die Naturstein-Trockenmauer – Brutaler geht es kaum, so wie hier am Heinersreuther Weg, wo bereits vor elf Jahren für das Tosbecken eine Bresche in die traditionelle Uferwand geschlagen wurde
(Foto: Albrecht Diller)

Wesentlich wahrscheinlicher ist jedoch, dass alle Befürworter eine zutiefst menschliche Einstellung bewegt hat, die in jedem von uns steckt. Nämlich nach langatmiger und immer wieder unterbrochener Diskussion über vier lange Jahre endlich zu einem abschließenden, geradezu „erlösenden“ Ergebnis zu gelangen und dies als Chance sofort zu ergreifen. Und wenn dann obendrauf auch noch ein 90prozentiger Bonus auf die förderfähigen Kosten zunächst allerdings nur für die Haimerlschen Teile des Konstrukts gleichsam als Belohnung winkt, dann liegt ein Sachzwang für die unbedingte Zustimmung vor. Allerdings umfasst diese



Förderzusage auf die Teilsumme von knapp 900.000 Euro noch nicht einmal zehn Prozent der auf rund zwölf Millionen Euro angesetzten Gesamtkosten der Baumaßnahme. Ob die 90 Prozent auch für Kanalbau und die weitere Ufermauer vom Freistaat kommen werden, ist noch gar nicht sicher. Als magische Zahl war die 90 jedoch in der Welt. In den „Pro“-Redebeiträgen der Fraktionsführungen von CSU und Freie Wähler sowie des einen grünen Stadtrats schwang sie schon ständig mit. So als stünde sie ihnen die ganze Zeit direkt vor Augen.



Am leerstehenden Kurhaus-Restaurant scheinen die Mauertypen dagegen schon fast in einer Art von Koexistenz nebeneinander zu leben. Harmonisch wirkt es trotzdem nicht – sondern mehr nach „Waffenstillstand“

(Foto: Albrecht Diller)

Architekten verstehen sich gerne auch als die Künstler unter den Ingenieuren. Kritisch wird es für den Rest der Menschheit in der Regel dann, wenn sie ihren persönlichen Kunst- und Schönheitsbegriff in subjektiv vielleicht gut gemeinter Absicht, aber durchaus gepaart mit eigenwirtschaftlichem Interesse, anderen Mitmenschen mit viel Zureden gerne überstülpen wollen. Menschen jedoch, die das aus ihren jeweiligen Blickwinkeln in unterschiedlicher Intensität anders betrachten.

Peter Haimerl ist zweifellos ein Meister seines Fachs und ein großes Verkaufstalent. „Breites Spektrum. Subtile Lösungen“, so lautet die Überschrift von www.peterhaimerl.com/about. Er konzentriert sich „auf Projekte, die die Grenzen konventioneller Architektur überschreiten. Sein Anspruch ist, mit jedem Projekt faszinierende, unkonventionelle Lösungen zu gestalten und Innovationen zu entwickeln.“ ... „Unter dem Leitmotiv ‚Attraktion statt Restriktion‘ widmet sich Peter Haimerl aktuell verstärkt dem Thema ‚Bauen im Bestand‘.“, soweit die Selbstbeschreibung in der dritten Person.

Von nicht gerade wenigen außenstehenden und auch hochgestellten Befürwortern werden manche Dinge durcheinandergeworfen und vermengt, die überhaupt nichts miteinander zu tun haben. In Bad Berneck geht es nicht um preisgekrönte singuläre (Hoch- oder Tief)Bauten wie das Konzerthaus in Blaibach und den Konzertstollen unter dem Haus Marteau in Lichtenberg. Diese werden im Übrigen von einem spezifischen, in hohem Maße kulturrainen





Publikum wohlgemerkt auch nur temporär aufgesucht zu einem einzigen Zweck: dort Konzerte in sich aufzunehmen und zu genießen.



Auch die Naturstein-Trockenmauer muss instandgesetzt werden. Sie hat schon viele Hochwasserstände mitgemacht und fügt sich gut in das Erscheinungsbild der Ölschnitz ein, bildet einen natürlichen Übergang. Denn etwa die Hälfte des Jahres ragen ihre größeren Steine bei Niedrigwasser auch aus dem Wasser heraus
(Foto: Albrecht Diller)

Peter Haimerl möchte jedoch in unserer Stadt massiv in einen über lange Zeit gewachsenen Bestand, ins pralle Leben, in die Existenz von Mitmenschen eingreifen, nicht nur ergänzend oder korrigierend. Er will ein gewohntes Stadtbild auf voller Länge beseitigen und etwas erstellen, mit dem und in dem bei Realisierung die Bewohner der Oberstadt, insbesondere die Anwohner des Ölschnitzufers, fortan tagtäglich leben müssten. Dies ist es, was viele so nicht wollen. Auch kommen primär keine Konzertbesucher zum Ölschnitzufer! Beim „Jahrhundertprojekt“ treffen unterschiedliche Kultur- und Verständnisswelten aufeinander. Offensichtlich unreflektiert erwartet die Seite der beschlussfassenden Befürworter, dass die Betroffenen die Kollateralschäden, den Preis dafür bereitwillig bezahlen sollen.

Die Betroffenen, das sind zum einen alle Gastronomen, alle Gewerbebetreibenden, Dienstleister und Beherbergungsbetriebe sowie deren Beschäftigte. Aber genauso sind es alle Menschen, die dort wohnen, insbesondere aber die Anlieger des Ölschnitzufers. Sie alle sind die Schwächeren, um deren Anliegen sich überwiegend und traditionell Sozialdemokraten kümmern.



Beton ist ein von Menschen angerührtes Kunstprodukt, das im äußeren Erscheinungsbild außerdem rasch „altert“. Diese Uferwand hinter dem Bad Bernecker Rathaus wirkt darüber hinaus auch tot und versprüht bestenfalls den Charme der Nachkriegszeit der 60er Jahre. Jetzt mal allen Ernstes, soll das vielleicht schön sein?

(Foto: Albrecht Diller)

Ganz besonders Betroffene sind ängstliche Menschen, Ältere, Hochbetagte und Kinder. Es wäre im eng bebauten Teil der Oberstadt mit mindestens zwei vollen Jahren Bauzeit, mehreren Tausend LKW-An- und Abfahrten, mit bisher nicht gekannten Bau- und Verkehrslärmbelastungen zu rechnen. Peter Haimerl bestätigte dies sogar. Traglast bedingte Schäden an allen Zufahrtswegen kommen noch obendrauf, sind aber in den zwölf Millionen noch gar nicht mit drin. Aber Lärm kann auf Dauer krank machen. Und bereits eine Stufe davor lenkt er ab, kann Konzentrationsfähigkeit nachhaltig stören.

Treffen könnte dies insbesondere Kinder im 3. und 4. Schuljahr. Völlig egal, wie man es dreht und wendet. Am Ende dieses Lebensabschnitts wird zum Schulübertritt bereits vorab mit darüber entschieden, in welchem Maß ihnen später einmal die Welt offenstehen soll.

Die SPD-Stadtratsfraktion hat zunächst geschlossen für ihren weiterführenden Antrag gestimmt, der dem Grundsatzbeschluss vorausgehen musste. Dies war auch eine wichtige Position im Wahlprogramm. Mit ihm sollte fachlich geprüft werden, ob eine schonendere Vorgehensweise bei der Kanalsanierung mit Rohr-in-Rohr-System und bei der linken, hangseitigen Uferbefestigung eine Instandsetzung oder Neuerrichtung einer Natursteinmauer zumindest auf einem Teil der Strecke möglich sind. Mit Stimmen von CSU, Freie Wähler und Grüne wurde der Antrag jedoch abgelehnt.



Hier herrscht ein feuchtes Mikroklima und die Sonne kommt nur im Sommer wirksam trocknend dorthin. Einer Betonmauer ginge es wohl kaum anders. Aber der optische Eindruck wäre „verkommen“ und „ungepflegt“. Auf Stein ist es dagegen „Natur pur“ und sieht völlig „normal“ aus
(Foto: Albrecht Diller)

Im Gegensatz zu anderen kennt die SPD keinen Fraktionszwang. Die Ablehnung des eigenen Antrags durch alle anderen Parteien eröffnete daher für den Bürgermeister und ein Fraktionsmitglied die Möglichkeit, von der mehrheitlichen Linie der Fraktion abzuweichen. Das weitere Wort in der Angelegenheit kann jedoch demnächst die Bevölkerung selbst übernehmen.

Es liegt an den Menschen, ob sie zunächst überhaupt ein Bürgerbegehren gemäß Artikel 18a Bayerische Gemeindeordnung wollen und den entsprechenden Antrag an den Stadtrat stellen. Dafür sind die Unterschriften von zehn Prozent der Gemeindebürger notwendig. Erfüllt das Begehren alle rechtlichen Voraussetzungen, muss der Stadtrat daraus den Bürgerentscheid an der Wahlurne ansetzen. Zur Verbindlichkeit für die Gemeindeorgane ist bei einer Kommune unserer Größenordnung die Teilnahme von mindestens 20 Prozent aller Stimmberechtigten notwendig. Innerhalb dieses erforderlichen Quorums entscheidet dann die Stimmenmehrheit.

Die Kanal- und Mauersanierung am Ölschnitzufer hat durchaus das Potenzial, unser überschaubares Gemeinwesen zu spalten. Wir alle tun gut daran, die Auseinandersetzung so zu führen, dass wir uns unabhängig vom Ausgang hinterher noch gegenseitig in die Augen schauen können.

November 2020
Albrecht Diller